

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

228 (30.9.1905) Erstes Blatt

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Insgesamt täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger angeheftet, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abolagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 70 Pfg., durch den Briefträger ins Haus gebracht 70 Pfg. vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Zulassungs-Nr. 24.
Telefon: Nr. 123. — Verteilungsliste: Nr. 8144.
Sprechstunden der Redaktion: 12-1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.

Inserate: die einseitige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Sozial-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2-1 Uhr und nachmittags von 2-1/2 Uhr.

Nr. 228. Erstes Blatt.

Karlsruhe, Samstag den 30. September 1905.

25. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfasst mit dem Unterhaltungsblatt 3 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Verrat!

Wie der Bad. Pol. Corr. aus absolut zuverlässiger Quelle in Besitzung einer früheren Nachricht mitgeteilt wird, liegt die Denkschrift der Regierung zur Eisenbahnfrage zur Veröffentlichung bereit. Dieselbe begründet die Einführung der Betriebsmittelgemeinsamkeit und der 4. Wagenklasse und eine Reform der Personentaxe auf der Grundlage der preussischen Vorschläge. Zur Einführung der Neuerung sind schon reichliche Vorarbeiten getroffen. Wagen (Probewagen) der 4. Klasse sind in Baden bereits eingeführt. Die Regierung wird den neuen Landtag noch über die Frage hören, aber unabhängig vom Datum des Beschlusses die Reformen zur Durchführung bringen. Zu Regierungsstellen hat man fest, daß sich der badische Landtag den Argumenten, welche für den Regierungsstandpunkt sprechen, nicht verschließen werde.

Die diese Mitteilung betreffend, dann steht die badische Regierung im Begriff, am badischen Volke einen unerhörten Verrat zu üben. Die badischen Eisenbahnen gehören dem badischen Volk, sie sind vom Volke des Landes gebaut. Der formale Besitztum des Landes gibt der Regierung allerdings das Recht, auch ohne die Zustimmung der Volksvertreter den geplanten Eisenbahn-Reformen zuzustimmen, d. h. also die Personentaxe in Baden zu verteuern und die 4. Wagenklasse einzuführen. Es unterliegt aber nicht dem geringsten Zweifel, daß die erdrückende Mehrheit des badischen Volkes von den geplanten Reformen, die uns seitens der preussischen Regierung aufzokkelt werden sollen, nichts wissen will und das mit Recht. Diese Reformen bedeuten für Baden einen sehr großen Rückschritt und sie werden auch in volkswirtschaftlicher Hinsicht nachteilig sein. Wenn die badische Regierung trotzdem die preussischen Vorschläge akzeptiert, so befindet sie damit, daß sie sich um den Willen des badischen Volkes absolut nicht kümmert. Es ist ein Skandal, daß eine Regierung in einer so ungeheurer wichtigen Frage wie es die unersetzlichen Verkehrsleistungen ist, selbstständig und ohne jede Rücksicht auf das Volk und die Interessen der Volkswirtschaft entscheiden kann. Schuld daran trägt die bürgerliche Mehrheit des Landtags, die noch nicht einmal den Versuch gemacht hat, sich ein Mitspracherecht in dieser so wichtigen Frage zu sichern. Die Eisenbahnverwaltung ist der einzige Zweig unserer Staatsverwaltung, in welchem die Bureaucratie noch selbst herrscht, d. h. ohne das Mitspracherecht der Volksvertretung, regiert. Dieser Zustand wird je länger um so mehr unhaltbar. Die Eisenbahnen sind heute ein unentbehrliches Instrument unserer Volkswirtschaft, zugleich aber auch ein bedeutungsvoller Faktor unserer politischen und kulturellen Lebens. Auf einem so wichtigen Gebiete eine nachgewiesenermaßen total unfähige Bureaucratie selbstständig und ohne Rücksicht auf die Interessen der Volkswirtschaft zu lassen, heißt nichts mehr und nichts weniger, als die Entwicklung und Konzentration unserer Volkswirtschaft auf einem erheblichen Teil von dieser unfähigen Bureaucratie abhängig zu machen.

Die Einführung der 4. Wagenklasse ist, vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus betrachtet, ein Verrat an uns. Durch die Vermehrung der Klassen wird, ganz abgesehen von den sozialen Gesichtspunkten, der Betrieb unserer Eisenbahnen nur noch mehr kompliziert, als dies bisher schon der Fall war. Alle Sachleute aber sind der Meinung, daß unser Eisenbahnbetrieb vor allen Dingen vereinfacht werden müsse, wenn er rationell sein soll. Es müßte also zunächst die unrentable 1. Klasse abgedacht werden, wodurch eine bessere Ausnutzung der bisher ebenfalls unrentablen 2. Wagenklasse erfolgen würde. Diese Tatsache ist so einleuchtend, daß es sich gar nicht lohnt, darüber noch mehr Worte zu verlieren.

Aber unsere Eisenbahnverwaltung denkt nicht an Entlastung, sondern an Verkomplizierung der Eisenbahnen. Sie hat entgegen dem klaren Wortlaut ihres Verordnungs, das sie in den verlassenen Landtag gegeben hat, sich auf die preussischen Reformen verpflichtet, gegen den Willen des badischen Volkes und seiner Vertretung. Die badische Regierung hat das badische Volk systematisch und mit vollster Absicht hinter's Licht geführt. Das Vorgehen der badischen Regierung gleicht einem Verrat am Volke wie ein Eid dem andern. Die Verwirklichung der preussischen Pläne ist nur der Anfang vom Ende. Sagen wir die 4. Klasse und den einheitlichen preussischen Tarif, so ist damit der Eisenbahn selbstständigkeits Verrat das Rückgrat gebrochen. Baden kann von sich aus keine Reformen mehr durchführen, es ist auf den guten Willen der preussischen Zentrale angewiesen. Daß von dieser aber keine fortschrittlichen Reformen zu erwarten sind, darüber gibt sich wohl kein politisch denkfähiger Mensch irgendwelchen Illusionen hin. Der Betriebsmittelgemeinsamkeit und Tarifreform folgt auf dem Fuße die Verprechtung unserer künftigen Eisenbahnen. Die preussische Reaktion wird durch den Verrat der badischen Regierung aufs neue gestärkt. Zur Vertreibung der

notwendigsten Lebensmittel kommt die Vertreibung der Bevölkerung unserer Eisenbahnen. Es liegt System in diesem Verrat.

Badens Volk hat es jetzt noch in der Hand, sich diesen wohl überlegten Verrat nicht ruhig gefallen lassen zu müssen. Wenn ein Landtag zustande kommt, der sich seiner Pflicht bewußt ist, dann entgeht die Regierung des Volksverrats nicht ihrer Verantwortung. Minister, die solchermaßen Verrat bringen, gehören auf die Anklagebank.

Arbeiter! Es ist so gekommen, wie wir seit Jahr und Tag es vorhergesehen haben. Die bodenlose Feigheit der bürgerlichen Parteien hat diesen Verrat begünstigt. Nun liegt es an euch, der Regierung eine an Denkschrift nichts mehr zu wünschende Antwort zu geben. Mit allen verfügbaren Kräften muß jetzt die Agitation zur Wahl sozialdemokratischer Abgeordneter organisiert werden. Alle Mann an Bord!

Reißt das Volk auf die Schanzen, damit es sich gegen den von seiner Regierung geplanten Verrat zur Wehre setzt. Die Hoffnung der Regierung, daß die Volkswirtschaft zu diesem Systematisch vorbereiteten Verrat ihre Zustimmung gibt, muß zu Schanden gemacht werden. Wieder mit dieser Regierung des Volksverrats! Das soll und muß jetzt Landtag Landtag die Wahlparole sein.

Politische Uebersicht.

Hans Dampf in allen Gassen.
So laut und so häufig der Reichstanzler im Reichstag erklären mag, daß sich Deutschland in die inneren Angelegenheiten auswärtiger Staaten grundsätzlich nicht einmische, so wollen doch im Auslande selbst die Gerüchte niemals verkümmern, die mancherlei, was dort passiert, auf deutsche Einflüsse zurückzuführen. In den deutschen offiziellen Zeitungen liest man zwar, wie populär Deutschlands maßgebende Persönlichkeiten draußen sein sollen, in Wirklichkeit aber wird es den Völkern immer zur Gewohnheit, bei allem Unheil, das ihnen passiert, bei allen Hindernissen, die sich ihren Unabhängigkeitsbestrebungen unvermutet entgegenstellen, mit dem Finger nach Berlin zu weisen, als das Ort, von dem nichts Gutes kommt. Der Widerstand Schwedens gegen Norwegen, royalistische Zettlungen und Thronbestrebungen in dem eben erst befreiten Lande, der wieder mächtig auflebende Hochmut Australiens und die Laubbild des Jovinismus gegenüber den Forderungen der Freiheit und Gerechtigkeit — das alles wird in Norwegen wie in Australien zum großen Teil auf das deutsche Konto geschrieben.

Jetzt hat der alte Kaiser von Oesterreich einen ungarischen Ministerium, das das gleiche Reichstagswahlrecht einführen wollte, den Laufpaß gegeben und die Führer der ungarischen Parliamentsmehrheit, die die nationale Unabhängigkeit ihres Landes fordern, in seiner unbegreiflicher Despotenrolle brüsk abgewiesen. Ungarn steht an dem Rande der Revolution. Und wieder erheben sich darüber tausend Hände, die nach Deutschland hinüberreichen, das die Schuld an der verhängnisvollen Entwicklung der Dinge tragen soll. Ueberall, wo sich ein Mitglied der großen europäischen Monarchenfamilie eigenhändig und unangenehm zeigt für die Wünsche der Völker, da vermutet man deutsche Einflüsse.

Der Vizepräsident der ungarischen Unabhängigkeitspartei Geza Polonyi hat sich einem Arbeiter der Wiener Neuen Freien Presse gegenüber sehr ausführlich über dieses Thema geäußert. „Wir Ungarn“, sagte er, „sind heute bis auf den letzten Mann überzeugt, daß der Widerstand des Königs auf deutsche Einflüsse zurückzuführen ist.“ Und dann legte er die Gründe dieser allgemeinen Ueberzeugung dar, die allerdings zum Teile recht schwerwiegender Natur sind. Kurz vor jener verhängnisvollen Audienz, die zum Bruch zwischen Krone und Parlament führte, soll Franz Jozef den Besuch des deutschen Botschafters Graf W. v. D. erhalten haben, von dem ab der unheimliche Widerstand des Kaisers gegen die ungarischen Reformforderungen datiere. Ebenso habe sich die deutsche Regierung abgeneigt gezeigt, die Konsequenzen einer etwaigen Trennung des österreichisch-ungarischen Zoll- und Handelsbündnisses in Rechnung zu ziehen. Der Vorschlag Ungarns, der Handelsvertrag mit Deutschland möge von der österreichischen und der ungarischen Regierung, nicht für beide gemeinsam unterzeichnet werden, habe scharfe Ablehnung gefunden. Ist das letztere richtig, dann ist Deutschland allerdings auf dem besten Wege, sich zum Mitschuldigen eines österreichischen konterrevolutionären Staatsvertrages zu machen. Die endgiltige Unterzeichnung des Handelsvertrages ist nur möglich durch Regierungen, die von ihren Volkswirtschaften hierzu verfassungsmäßig autorisiert sind. Das ungarische Parlament wird den Vertrag mit Deutschland zweifellos genehmigen, sobald wieder verfassungsmäßige Zustände eingeführt sind. Solange die wichtige Frage des Vertragsabschlusses schwebt, hat das ungarische Parlament seinem König gegenüber ein Reservationsrecht in der Hand, das ihm aber aus der Hand gestohlen ist in dem Augenblicke, in welchem Deutschland erklärt, zwei Augen zugubriden und sich nicht rechtsverbindlichen Erklärung einer absolutistischen Regierung begünstigen zu wollen. Man begreift, daß solche Vermutungen bei den Ungarn, die bisher Freunde des Dreibundes gewesen sind,

große Aufregung hervorgerufen haben und es ist wohl zu erwarten, daß die deutsche offizielle Presse das Del nicht sparen wird, das die Wellen wieder glätten soll. Zugleich hat aber auch das deutsche Volk allen Anlaß, über das ihm bescherte Regierungssystem nachzudenken, das die preussische Koalition zum reaktionären Popanz von ganz Europa macht.

Badische Politik.

Herr Dr. Friedrich Weill.
Rechtsanwalt und Stadtrat in Karlsruhe und ehemaliger Sozialdemokrat, hat mit der Agitationsrede für seinen Parteifreund Früh auf diesen in die Weiseln gelegt. Der Bad. Beobachter meint, das sei eine Agitation, wie sie sich das Zentrum nicht besser wünschen könne. In der Berührungspunkt der Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokratie bemerkt der Badische Beobachter:

„Na mal Was hat denn Herr Rechnungsrat Guggel, der liberaler Kandidat ist, für Leistungen im öffentlichen Leben aufzuweisen? Oder der Blockkandidat der Sozialdemokratie? Namen, die man kaum kennt! Und weiter: Was hat denn Herr Früh auf, der Kandidat für die Weiseln, für Leistungen aufzuweisen? Die Leistungen, die wir im Parlament und außerhalb des Parlaments von ihm kennen, sind gar nicht zu nennen. Und für seine Wähler, Weill Herr Dr. Weill ist, wie man geschätzte auch in liberalen Kreisen über den Parlamentarier und Eisenbahnreformer Früh auf urteilt? Ist Dr. Weill der einzige Fremdling in Israel? Wir unferreits würden doch fast noch lieber unsere Stimme dem Mann von der Hohenstaufen geben, als dem Kapitalisten Früh auf, wenn wir absolut wählen müßten. Wie der Bloedreber die Kritik nur so herausfordern kann!“
Wohl bekomms, Herr Stadtrat!

Landtagswahlbewegung.

Im 5. Wahlbezirk (Engen-Konstanz) haben die Nationalliberalen den Altbürgermeister Preiser von Niedheim aufgestellt.

Durlach. Endlich ist auch hier der „Blod“ in die Wahlbewegung eingetreten. Im Durlacher Wochenblatt erschien ein Aufsatz, der die Gefährlichkeit der „Blod“ und die persönlichen Vorgänge des Blockkandidaten beleuchtete. Wir können es den Herren nachsehen, daß es ihnen nicht leicht fällt, ohne ein festes Programm, das ein formloses Gebilde eines Wahlkampfes mit Energie zu führen. Die Nationalliberalen zeigen sich „großmütig“, indem sie den Demokraten die Kandidatur überlassen. Die Sache erinnert an die Fabel vom Fuchs und dem Trauben. Es berührt doch eigenartig, daß man jetzt erst die Fähigkeiten des Herrn D. seitens der Nationalliberalen entdeckt, denn bei der Wahl im Jahre 1899 mußte derselbe Mann mit dem guten Herzen für die Allgemeinheit dem nationalliberalen Bewerber Freytag in Konstanz weichen. Es ist also ein sehr durchsichtiger Manöver, welches der „Blod“ hier treibt. Die Durlacher Arbeiter werden sich durch solche Rohgebänge nicht davon überzeugen lassen, daß ihre Interessen von einem Manne, der als Kandidat einer Vereinigung auftritt, die die größten Reaktionen in ihren Reihen aufweist, gut vertreten werden können. Wir hoffen, daß nunmehr jeder Genosse seiner Pflicht bewußt wird und bis zum Wahltage tüchtig agitiert. Wir wollen den Herren vom „Blod“ beweisen, daß die Durlacher Arbeiterklasse Kampfbewußt ist und daß für andere Parteien, mögen sie einer Klasse auftreten, wie sie wollen, nichts mehr zu holen ist. Wir wollen am 19. Oktober nicht nur siegen, sondern wir müssen glänzend siegen.

Aus dem 50. Landtagswahlbezirk (Durlach-Land). Am letzten Sonntag machten einige Genossen von Weingarten und Untereggobach einen Agitationsausflug nach Durlach. Im Gasthaus zum Ritter tagte eine Zentrumsversammlung, weshalb sich unsere Genossen in das Lokal zu Wort erließen. Auf die Anfrage, ob wir ebenfalls das Lokal zu einer Versammlung haben könnten, erklärte der Wirt, er könne das nicht tun, da der Militärverein bei ihm verkehre. Bei einer Anfrage in der Wirtschaft zur Krone sagte die Frau Wirtin, sie müßte erst den Farrer fragen. Einer unserer Genossen gab der Wirtin eine 5 Pfg. Marke, um uns Antwort zugehen zu lassen. Bis jetzt warteten wir darauf vergeblich. So sieht es in den Durlachen, wo das Zentrum herrscht, mit der staatsbürgerlichen Freiheit aus. Und die schwarze Fuchsherde hat das ganze Jahr über den Terrorismus der Sozialdemokraten.

Abtungen. Die am Sonntag Mittag im Gasthaus zum Röhle dahier stattgefundene Versammlung war, obwohl der katholische Arbeiterverein und Handwerkerverein zu gleicher Zeit Versammlung hatten, sehr gut besucht. Herr W. v. D. sprach aus dem Mannheim sprach nahezu zwei Stunden über die Arbeiten des vergangenen, sowie auch über die Aufgaben des kommenden Landtags. Dem Redner wurde am Schluß großer Beifall zu teil. Wenig sprach Herr Lehmann noch in Durlach, welche Versammlung ebenfalls gut besucht war. Hoffentlich tun die Genossen auch ihre Pflicht am 19. Oktober.

Furtwangen. Auch in 17. Landtagswahlkreis ist die Agitation in vollem Gange. Das erste Flugblatt, welches zur Verbreitung gelangt ist, wurde mit wenigen Ausnahmen überall gut aufgenommen. Die Parteigenossen haben sich gabelnd zur Verbreitung der Agitation gestellt. Mit einer sehr gut besetzten Versammlung in Furtwangen, von der Wahlkampf eröffnet. Nächsten Sonntag finden ebenfalls Wahlversammlungen in Furtwangen und Gienbach statt. Montag Abend findet eine Versammlung in Neustadt und Dienstag eine solche in Furtwangen, wo unser Kandidat, Genosse Eichhorn, sprechen wird, hat.

Parteilosen, agitiert überall, wo ihr könnt, für einen Massenbesuch dieser Versammlungen. Die eigenen Tage, die von der Wahl noch zur Verfügung stehen, müssen ausgenutzt werden. Jeder muß sich aktiv an der Agitation beteiligen, jeder muß Agitator sein, dann wird es auch uns gelingen, auf dem hohen dunklen Schirm zu landen einen schönen Erfolg zu erzielen; deshalb an die Arbeit, rüdt die Sämlinge und Gleichgültigen auf, damit dieselben nicht mehr, wie bisher, als Stimmvieh von den schwarzen Volksverratern benützt werden können.

Baden-Baden. Die Zahl der Wahlberechtigten in dieser Stadt beträgt 2622. Wie viel oder vielmehr wie wenig werden hier von 19. Oktober zur Wahl gehen? Wenn man bedenkt, in welche Aufregung die Gemeindefürsorge dieses Jahres schon monatelang vor ihrem Statistenden die Gemüter versetzt, so findet man die noch wenige Wochen vor der Landtagswahl hier herrschende Ruhe gar unbegreiflich. Kennt man aber die hierigen Verhältnisse, so weiß man seinen Wert darauf zu machen. Die Kandidatenfrage ist dieses Mal nämlich eine sehr verwickelte, daß die beiden größten Parteien der Stadt, die nationalliberale und das Zentrum, offenbar so lange als möglich das Anden dieser harten Aufhinausgaben. Bisher erhoß die herrschende nationalliberale Partei immer wieder ohne weitere Bedenken ihr Parteimitglied Herrn Oberbürgermeister G. v. S. auf den Schild und „sein“ Stadtrat war mit der Kandidatur auch immer einverstanden. Aber die Opposition, welche allerdings ohne Erfolg, bei der letzten Wahl die Parole ausgegeben hatte, „der Bürgermeister gehört aufs Rathaus“, ist inzwischen zu einem bedeutenden Machtfaktor herangewachsen und hat ihre Kraft in den unpolitischen (?) Gemeindefürsorge mit der Wiederholung des nationalliberalen Widerstandes ungewöhnlich bewiesen. Man ist bereits in nationalliberalen Kreisen an der Jagd nach dem Namen G. v. S. im Gange, so daß schon die Rede war von anderen nationalliberalen Kandidaten und man als Folge die Herren Stadträte Klein und Weber, Rentner Ernst Stübli in nennen hörte, während die gleiche Janna des bisherigen Vertreter der Stadt unter die Mitglieder der 1. Kammer einreichte. Auch der Stadtrat soll durchaus nicht mehr „Gömmereim“ sein und einige fröndliche Mitglieder desselben den ernstlichen Willen haben, à la Göttingen dem Oberbürgermeister den dringenden Wunsch auszusprechen, er möge in Zukunft gefälligst vom Landtag weg und auf dem Rathaus in Baden-Baden bleiben und zwar nach dem Beispiel des nationalliberalen Oberbürgermeisters Dr. Alfeld von Laß.

Die Freisindemokraten, in Baden-Baden ausgeprochene Gegner der Nationalliberalen, dieses Mal aber mit denselben durch das Doppelloch des „Blods“ an einen Karren gespannt, sind durch den „Blod“ um die Möglichkeit, das Mandat trotz ihrer kleinen Anhängerzahl zu erhalten, gebracht, denn ihr Parteigenosse Kaufmann Hermann August S. h., bei dem Gemeindefürsorge mit der höchsten Stimmzahl gewählt, hätte die allerbeste Aussicht gehabt, als bürgerlicher Kompromißkandidat gewählt zu werden.

Das Zentrum hat zwar durch den rechtzeitigen Anschluß an die parteilose Bürgerpartei bei den Gemeindefürsorge ganz gute Chancen gemacht, aber die Mandatsstraube hängt ihm immer noch zu hoch und wenn ihr Mitglied Herr Stadtrat Roman Schmid wieder kandidieren sollte, müßte er voraussichtlich auch dieses Mal wieder mit der Ehre des Durchfalls sich begnügen. Es gibt eben in Baden-Baden noch genug Wähler, die von nationalliberalen wegen nicht unter die Zentrumskrause kommen möchten.

Sehr bezeichnend für die Kandidatenwahl in der internationalen Wählerpartei ist auch die Tatsache, daß als Kandidat Herr Stadtrat Herr Ernst Weittenmüller da und dort genannt wird. Eine ausgeprochene politische Stellung nimmt derselbe nicht ein, er gilt jedoch allgemein für „schwarz“, als für „rot“, und so entstand auch wohl das Gerücht, daß das Zentrum auf die Aufstellung eines Kandidaten verzichtet werde, wenn Herr Rentner Weittenmüller von irgend einer Seite als Kandidat vorge schlagen würde. Es ist unzulässig, daß diese Kandidatur da und dort sehr günstig beurteilt wird, namentlich von solchen, die „der Schuß drückt“.

Solche Leute verprechen sich nämlich von der unzulässigen Geschäftswandlung des Herrn Weittenmüller Wunderdinge in Beziehung auf die zukünftige Entwicklung von Baden-Baden und die Besserung der zurecht durchaus nicht befriedigenden geschäftlichen Verhältnisse unserer Stadt. Die Wahl des Herrn Weittenmüller würde die bestehenden Parteien des Landtags um eine einseitige Fraktion vermindern, denn Herr Weittenmüller würde wohl „rot“ sein. Würde er aber bei gewissen Gelegenheiten der Regierung gegenüber „schwarz“ werden, so wäre es mit seiner Popularität in Baden-Baden bald vorbei.

Die sozialdemokratische Partei in Baden-Baden hat mit ihrer Agitation längst begonnen und wird am Wahltage zur Stelle sein. Liegen auch die Verhältnisse für sie bei der Landtagswahl weit ungünstiger, als bei der Reichstagswahl, so ist sie doch allmählich in Baden-Baden ein Machtfaktor geworden, mit dem die Gegner rechnen müssen und auch rechnen werden.

Deutsches Reich.

Und wieder Defizit!

Wahr hat sich Herr Scherl in der letzten Zeit des öftern als ein schlechter Prophet erwiesen, er wird aber trotzdem wieder Glauben finden, da er in seinen Blättern diese Voraussagen meldet:

Trotz der wachsenden Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer, Zoller- und Stempelsteuer wird der Haushaltsplan für den Reichetat von 1906, wie uns von gut unterrichteter Seite bestätigt wird, mit einem starken Defizit bezw. mit einer starken Vermehrung ungedeckter Staatsanleihebeiträge abschließen.

Diese Nachricht sagt nur insofern etwas Neues, als aus ihr hervorgeht, daß mit einem Zustandekommen der großen Reichsfinanzreform bis zum nächsten Jahre nicht mehr gerechnet wird. Diese große Reichsfinanzreform scheint ja überhaupt noch stark im großen Unruhe zu stehen. Die populäre Erbschaftsteuer ist wegen des großen Widerstands der besitzenden Klassen nicht zu machen; gegen die unpopuläre und überdies herzig unbedeutende Mehrsteuer hat sich neuerdings sogar die Freuzzeitung scharf erklärt. Von der Einführung neuer indirekter Steuern aber weiß man mit Bestimmtheit, daß sie Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie sein wird. So hat Herr v. Stengel die schwere Qual der Wahl, und es wäre kein Wunder, wenn er es einmal mit der allerschwersten Staatsweisheit versuchte, deren oberste Maxime das Jurmouren und Durchtreten ist.

Aus der Partei.

Karlsruhe, 29. Sept. Nachträgliches zur Auslegung der Wahlertionen. Was für ganz Baden galt, war bei uns nicht restlos. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte der Gemeindefürsorge Stober

g des Posters
mal, ist denn
bezeichnet den
agen"; der
aber, ein
ne nicht
über
er
Bede
effernis, lag
Kirche waren,
gauten, lag
die Götter
Alles in
einer Seite
Postor habe
Spengler trag
t. Gebirge
n bunten
der Wälder
schwer einen
das
bon-
en es
hzer
Dann
and-
rade
ring-
in
eund
für
für
des Jam-
elligheit
Empfänger
atte, die sich
beauftragt
ber sich be-
die Lage muß
benn wie
e letzten
erfüllt und
ange Wochen
vordand, die
die Lumpen,
unter sich ge-
liche Er-
gung hatte sich
früher Wirt-
vor der
Angeklagte
offene Hof-
stiftung für
er, von dem
ausgeflucht
inmännlich
stehen. In
fällen unter
der Geld-
an eine Gro-
der Wärme
den werden
umfrahung
überall
wäre
berest in
600. Ten
gebunden
bäume, so
Wichtig
als man
Distillation
in Wäldern
aters.
8. Oktober
in. Große
Musik von
0 Uhr.
Blauische
ert Geigt.
und De-
deutsch von
s. Anfang
r. Edgar
ang 7 Uhr.
in 8 Uhr.
gen Red-
fang 7 Uhr.
Gr. Oper
als 7 Uhr.

erabe oder 44 Tage Gefängnis und Publikationsbefugnis
in zwei Zeitungen.
Erlaubnis, 29. Sept. Bei der Ueberfahrt über den
an der Gering schlug ein Boot um, wobei sechs Per-
sonen ertranken. Einer wurde gerettet.
Brandenburg a. d. S., 29. Sept. Bei dem er-
sten Schiffe Schiffe in Weieram (Kreis Westfalen-
land), welcher sich im hiesigen Jollergebäude befindet,
ist amlich Cholera festgestellt.
Neh, 27. Sept. Ausbeutung der Fleischnot.
Eine eigene Art, die Fleischnot zu mildern, wurde
hier durch Verteilung von Fleischfleisch beabsichtigt. Es
handelte sich um eine von dem Adressaten zurückgewiesene
Sendung von 1700 Kilogramm aus Hamburg. Als man
die Fässer öffnete, verbreitete sich ein derartig pestilen-
ziöses Geruch, daß die Zuschauer entsetzt zurück-
wichen und weinend auf dem Plage die Fenster ge-
schlossen wurden. Alle Verteilungen sind nämlich
in Weg nach alldiesem-mittelalterlicher Seite im Freien,
auf dem Marktplatz, statt. Die Polizei nahm die ganze
Sendung des bereits in feinem Braun und Grün abge-
färbten Fleisches sofort in Beschlag. Charakteristisch ist,
daß der Versuch gemacht wurde, das Fleisch nun recht
weichlich „unter der Hand“ anzulassen. Die Polizei sorgte
indessen für alsbaldige Vernichtung.
(Fortsetzung in der Beilage.)

Hus der Residenz.

Karlsruhe, 30. Sept.
Bezirksversammlungen
Sozialdemokratischen Vereins finden am nächsten
Mittwoch in der Südfstadt und der Weststadt
statt. Wir machen schon heute darauf aufmerksam,
um die Genossen an ihre Pflicht zu erinnern, diese
Versammlungen stärker wie bisher zu besuchen.
Gleichzeitig lenken wir die Aufmerksamkeit der
Landtagswähler auf den
Wahlfond.
Wahlen kosten Geld. Obwohl wir wissen, daß
Geldknappheit eine ständige Erscheinung bei fast
allen unseren Wählern ist, können wir nicht um-
hin, nach dem Grundsatz:
Viele wenig machen ein Ziel!
zur Stärkung des Wahlfonds aufzufordern.
Die Miete.
Morgen ist der 1. Oktober, man muß also den
Jins oder die Miete bezahlen. Ein starkes
Wort: Miete, so sagt der Wochenplauderer unseres
Amdauer Parabelorgans humorvoll. Wenn man
es gelegentlich einmal liest, etwa im Gelehdub
oder in der Zeitung: Pacht und Miete oder Kauf
und Miete, läßt es einen gleichgültig; es ist gerade
so gut wie ein anderes Wort und deutsch ist es
auch; ganz anders ist es dagegen in Verbindung
mit der Vorstellung, daß man Geld parate halten
muß, um „Hauswirts Geburtstag“ pünktlich zu
bezahlen. Ob sich die Hausbesitzer ähnlich klen-
d fühlen, wenn ihnen um die Semester oder Quar-
tals herum die ominösen Hypothekenzinsen ein-
fallen?
Für mich hat immer der Gedanke, daß wir So-
zialisten u. a. auch den Jins und Jinseszins ab-
schaffen wollen, etwas Befreiendes gehabt. Das
Wort Jins steht rechtlich wohl volkswirtschaftlich
dabei gegen eine vorgetane Leistung, und so sollte
man billigerweise Dankbarkeitsgefühle mit dem
Begriff der Jinsen verbinden. Eigentümlicherweise
aber empfinden die meisten Menschen das Jins-
geben für eine Last, obwohl schon Moses das-
selbe unter den Israeliten eingeführt hat und das
Gesetz in seiner Zeit sowohl das Nehmen von
Jins wie Jinseszins gestattete. Wenn Jins für
eine vorgetane Leistung des Darlehens, Hauswirts
u. v. verlangt wird, so sollte eine niemand eine
unangenehme Empfindung dabei haben. Aber es
geht uns mit dem Jins wie mit den Steuern:
niemand zahlt solche gern. In der Eigentums-
gesellschaft wird sich darin jedoch nie etwas ändern
und wir alle, die wir Jins zahlen müssen, sei es
als Miete, sei es als Jins für Hypothek oder Bar-
zial zum Geschäftsbetrieb, werden jene quälenden
Quartalsgefühle nicht mehr los werden. Eine
spätere Gesellschaft, welche mit dem Eigentum
besseren Gebrauch wie Mißbrauch aufgeräumt haben
wird und nicht mehr in die Lage versetzt sein wird,
Forderungen zu geben oder wider den Wucher zu
predigen, wie weiland Magister Dr. Kuther, son-
dern welche alles Grundeigentum und alle Fro-
duktionsmittel eigentümlich selbst besitzen wird —
alles für alle! — wird sehr viel glücklicher leben
als wir.

Leider ist dieser Idealzustand noch lange nicht
erreicht und wir werden uns immer an Quartals-
erfen klen d fühlen.
Auf der Anlagebank
des Offenburger Schöffengerichts war am Mit-
woch Genosse Willk plagiert. Willk hatte sich zu
verantworten wegen eines in unserer Nr. 170 vom
28. Juli d. J. erschienenen Artikels, in welchem dem
Prozessbesitzer Kmpf in Offenburg der Vorwurf
gemacht war, daß er einen unrichtigen Anschluß
an einen losen Strang der städtischen Wasser-
leitung hergestellt und von dem heimlichen Quell
ein beliebiges Gebrauch gemacht habe. Ampt er-
hob Ablegungsklage gegen Willk. Im Dezember
vor. Jahres fand bereits eine Verhandlung statt,
die jedoch zu keinem Ergebnis führte, da Ampt
Selbstzeugnisse bei der Staatsanwaltschaft machte
und das Ergebnis des darauffolgenden Verfahrens
abgewartet werden mußte. Dasselbe war ein
negatives. Auch der Prozeß zwischen Ampt und der
Stadtverwaltung Offenburg endete zu ungunsten der
letzteren. Die Ablegungsklage gegen Willk kam
nun am Mittwoch nochmals zur Verhandlung und
endete mit der Verurteilung Willks zu 40 Mark
Geldstrafe, Tragung der Kosten und Urteilspubli-
kation. Die Tatsache, daß die Offenburger Stadt-
behörde Ampt in Strafe genommen habe und daß
der Anfall des unter Anlagel gestellten Artikels
darauf sich stütze, schien dem Gericht kein aus-
reichender Grund für die Freisprechung des Re-
dakteurs.
Lohnbewegung der Buchbinder.
Gestern Abend versammelten sich die Buchbinder-
gesellen im Goldenen Adler, um die Antwort der
Arbeitgeber auf die Forderungen der Arbeiter ei-
t genehmigen. Zwar konnte man nach früheren
Erfahrungen nicht die Erwartung hegen, daß die
Lehren Buchbindermeister die Gehaltsforderungen
in Wausch und Vogen annehmen würden, aber das
Angebot, das die Jnung machte, rief doch eine
starke Enttäuschung hervor. Auf die gewiss be-
scheide Forderung der Gehälts in Bezug auf die
Löhne hat die Jnung Stundenlöhne von 27, 30
und 33 Pfennigen bei einer Unterhandlung mit
einer Kommission der Meister ging letztere war
auf 30, 32 bezw. 35 Pfennige herauf, ob dem aber

auch die Meisterversammlung zustimmt, bleibt ab-
zuwarten. Betreffs der Arbeitszeit wollen die
Arbeitgeber statt der 9 1/2 stündige
Arbeitszeit zugestehen.
Von den Buchbinderereien liegt noch keine Ant-
wort vor; erst im Laufe nächster Woche wird von
dort Antwort erfolgen. Daß dieses Meistat die
Arbeiter nicht befriedigen konnte, ist klar; der Linn-
die Zeitung hatte ziemlich Miße, die Verantwor-
tung zum Abwarten weiterer Verhandlungen zu be-
wegen. Die Versammlung schloß mit der Annahme
folgender Resolution:
Die heute im Goldenen Adler tagende öffent-
liche Buchbinderversammlung erachtet die
Angelegenheit seitens der Jnung für durch aus
unannehmbar. Sie beauftragt die Kommission
nächstmal, sofort in Unterhandlungen zu treten.
Sofortlich bringen die weiteren Verhandlungen
ein besseres Ergebnis. Die Gehälts sind gewillt,
ihre beschiedenen Forderungen, sind Einsichtnahme
zu vertreten.
Kederarbeiter und Volkstrend.
Man teilt uns mit: Wir haben zurzeit 69 Mit-
glieder unseres Verbandes hier. Davon sind Abon-
nenten:
des Volkstrend 40,
der Bad. Presse 19,
des Landboten 3,
„Wochensicht“ 7,
keine Zeitung haben 7.
Summa 69 Mitglieder.
Fünf Mann, auswärts zumeist, verweigerten
groß die Auskunft, wir haben sie deshalb zu denen
gezählt, die keine Zeitung lesen, möglicherweise
haben sie die Bad. Presse oder den Wochensicht.
Ein paar Wöhmen, die keine Zeitung oder doch
nicht den Volkstrend haben, sind Abonement eines
hiesigen Arbeiterblattes.

Eine Arbeitszeitverkürzung
bekommen die Werkstättenarbeiter der Bad-
ischen Eisenbahnverwaltung. Die offiziöse Karlsru-
her Zeitung teilt mit: „Die Vahrsche Staats-
eisenbahnverwaltung wird vom 2. Oktober ds. Jts.
an die tägliche Arbeitszeit in ihren Werkstätten auf
9 Stunden herabsetzen. Wie wir erfahren, wird
auch die Badische Verwaltung, in deren Werkstätten
zurzeit eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit besteht, diesem
Vorgehen folgen, nachdem zuvor noch die Arbeiter-
ausschüsse darüber gehört worden sind, in welcher
Weise die Durchführung dieser Magnahme ge-
wünscht wird, ob durch Verlängerung der Früh-
stüchtpause oder durch Einführung einer Nachmittags-
pause.“
Nicht minder dringend wie die Verkürzung der
Arbeitszeit, die übrigens eine sehr minimale ist,
scheint uns eine Lohnverhöhung. Bei der
gegenwärtigen Teuerung erscheint dies unter allen
Umständen notwendig.
Für die städtischen Arbeiter.
Der Stadtrat hat beim Bürgerausschuß die Zu-
stimmung dazu beantragt, daß die Grundzüge für
die Ordnung der Dienst- und Einkommensverhält-
nisse der städtischen Arbeiter (das Arbeiterstatut)
mit Wirkung vom 1. Januar 1906 an in wesent-
lichen nach den Anträgen der Sozialen Kom-
mission abgeändert und durch nachstehende Ju-
ridiktionsbestimmungen ergänzt
werden:
§ 42.
Die Einstellung unständiger Arbeiter, die Auf-
hebung ihres Dienstverhältnisses, sowie deren Entlassung
erfolgt durch den Vorstand des städtischen Betriebes,
in welchem der Arbeiter beschäftigt ist.
Die Anstellung ständiger Arbeiter erfolgt auf Antrag
des betreffenden Betriebsvorstandes durch den Stadtrat.
Aber die Anstellung und Entlassung entscheidet bei
ständigen Arbeitern eine Disziplinarkommission, die besteht:
1. aus dem Vorstand des städtischen Statistiken-
und Arbeitsamts und in dessen Stellvertretung aus einem
vom Stadtrat zu bezeichnenden Stadtrat als Vor-
sitzenden.
2. aus dem Vorstand des Betriebs, in welchem der
Arbeiter angestellt ist.
3. aus einem ständigen Arbeiter, der von dem Ar-
beitsausschuß des betreffenden Betriebes jeweils für die
Dauer eines Kalenderjahres ernannt wird.
Gegen die Entscheidung der Disziplinarkommission,
die dem Arbeiter in schriftlicher Aufzeichnung mit Angabe
der Gründe mitzuteilen ist, steht sowohl dem Betriebs-
vorstand als dem Arbeiter die Berufung an den Stad-
trat zu. Ebenso steht dem Arbeiter gegen die nach Absatz 1
dieses Paragraphen getroffenen Verfügungen des Be-
triebsvorstandes die Berufung an den Stadtrat zu.
In dringenden Fällen kann der Betriebsvorstand das
Arbeitsverhältnis eines ständig angestellten Arbeiters bis
zur Entscheidung der Disziplinarkommission und des Stadi-
rats suspendieren.“

Keine Orientierungstafeln in Karlsruhe.
Wir lesen im Stadtratbericht: „Einem Gesuche
um Erlaubnis zur Anstellung von Orientierungs-
tafeln und Notgautomaten in den Straßen hiesiger
Stadt wird mangels eines Bedürfnisses die Ge-
nehmigung versagt.“
Wir erlauben uns, jubelnd zu bemerken, daß
zur Verweigerung dieser Genehmigung keine
Veranlassung vorgelegen hat. In anderen Städten
hat man diese Orientierungstafeln schon längst;
sie genieren niemand, und sind manchem Geschäfts-
mann dienlich, wenn er diese oder jene Firma in
einer Straße rasch auffinden will.
Der berecht. Stadtrat von Karlsruhe sagt aber,
hier liegt kein Bedürfnis vor. Das ist eben die
Aufassung des Stadtrats, das Publikum
denkt sich anders. In solchen Dingen, die
denklich sind im Verkehrsinteresse liegen, sollte
man weniger ängstlich sein.
Das Petroleum wird teurer. Die deutsch-
amerikanische Petroleumgesellschaft hat ihr Petroleum
um 1 Pfg. pro Liter erhöht. Da der Petroleummarkt
in hiesiger Gegend befindet, dürften weitere
Erhöhungen zu erwarten sein.
Die Hardtsüberführung und der neue Bahnhof.
Das groß. Bezirksamt erbat den Stadtrat um Ver-
weigerung, in welcher Weise dieser den Wünschen der Hardt-
bevölkerung nach einem einträglichen Ertrag für die
hiesige Wohnbevölkerung nach dem Wählergesetz, die
bei der Verlegung des Personenbahnhofs und damit
der Bahnhofs-Station-Karlsruhe eine für die be-
teiligten Gemeinden wesentliche Verlehterung erfährt,
Bedingung zu tragen gebrä. Der Stadtrat hat nun die
Verlängerung der Straßenbahn bis zum Westbahnhof,
der nach Verlegung des Hauptbahnhofs zweifellos einen
lebhaften Personenverkehr aufweisen wird, in Erwägung
gezogen und es erbitet das städtische Straßenbahnamt
Antrag, Pläne und Kostenaufschläge für die fragliche An-
schlüsse ausgearbeitet und vorzulegen.
Die Errichtung gärtnerischer Anlagen längs
der nördlichen Hilspromenade wurde vorerst zurückge-
stellt, bis über die Verwendung des durch Verlegung der
Straßenbahn freierwerdenden Geländes eine Bestimmung ge-
troffen ist. Einzuweisen soll aber eine zweite Reihe

Bäume längs des Sehweges angepflanzt werden, wofür
die erforderlichen Mittel in den Entwurf des nächst-
jährigen Bauhaushaltes eingestellt werden.
Die Kommission für die Erhaltung und Pflege
der städtischen Baumpflanzungen wurde ernannt, in
den Anlagen des Gassenbaldens, der Gottesacker- und
Poststraße diejenigen kranken Bäume zu bezeichnen,
deren Verbleiben insbesondere auch im Interesse der
Verkehrsicherheit geboten ist.
Abhaltung eines Vorbereitungskurses für die
Meisterprüfung. Die Handwerkskammer beabsichtigt,
auch in diesem Winter einen Vorbereitungskurs für die
Meisterprüfung in hiesiger Stadt abzuhalten. Der
Kursleiter, welche im Frühjahr die Meisterprüfung ab-
legen und an diesem Kurs teilnehmen wollen, haben sich
alsbald bei der Handwerkskammer zu melden.
Ein Biergarten am Westbahnhof. Herr
Kaufmann und Stadtrat Wilhelm Klose, Ehren-
bürger der Stadt, hat dem Stadtrat mitgeteilt, daß er
beabsichtigt, einen Biergarten im Garten vor dem städti-
schen Westbahnhof durch Herrn Widdauer Johannes
Hirt erheben zu lassen. Der Stadtrat sagte die Annahme
dieses Gesühenes gerne zu und sprach dem edlen Stifter
für diesen neuen Freizeitspaß, den er den vielen
früheren anreicht, den innigsten Dank aus.
Von der Straßenbahn. Gegen einen Reisenden,
der einen Schaffner der städtischen Straßenbahn bei
Ausübung seines Dienstes beschimpft hat, ist seitens des
Stadtrats Strafantrag wegen Beamteneubelzung gestellt
worden.
Fernsprecher. Auf eine Eingabe, welche die
Handelskammer an die Kaiserliche Oberpostdirektion
hier gerichtet hatte, ist seitens der letzteren unter dem
27. 1. M. folgender Bescheid ergangen: „Am 5. Oktober
ab wird nachstehender Fernsprecher unbeschränkt auf-
genommen werden: a) zwischen Durlach und Eßlingen
einerseits und Antwerpen, Boom, Capellen Pierre, Mol,
Zurichout andererseits; b) zwischen Durlach, Eßlingen
und Karlsruhe einerseits und Biersbr., Spa, Stavelot,
Wiesham, Gent und Lüttich andererseits. Die Gesprächs-
gebühren betragen im Verkehr mit Biersbr., Spa, Stavelot,
Wiesham und Lüttich 2 M. 50 Pf., mit den übrigen An-
stalten 3 M.
Mit Rücksicht auf den ungünstigen Ausfall der zwischen
Karlsruhe und niederländischen Anhalten angelegten
Sprechverbindungen, muß von der Einrichtung des Fern-
sprechers mit Antwerpen und Rotterdam vorläufig Abstand
genommen werden.“
Mit der Handhabung des Zolltarifs werden
bereits jetzt die Zollbeamten verärgert gemacht. Die
Karlsruher Zeitung teilt mit: Am 25. September hat
bei der Zollverwaltung in Karlsruhe eine Reihe von
Betrügeren, begannen, die den Jns haben, mit den daran
beteiligten Beamten die Steuerungen und Schwierigkeiten
des neuen Zolltarifs gründlich zu besprechen. Mit den
Betrügeren sind praktische Übungen in der Bestimmung
und Unterscheidung der Waren verbunden, auch werden
solche mikroscopische, chemische usw. Untersuchungen ge-
zeitigt und geübt, die häufig bei den größeren Zollämtern
vorkommen werden. In den Vorträgen sind alle Ober-
beamten der Hauptzoll- und Hauptzollämter (Oberzoll-
inspektoren, Finanzinspektoren) einberufen, und zwar in
drei Abteilungen von je 14 bis 15 Teilnehmern; jede
Abteilung wird zwei Wochen lang in Karlsruhe
unterrichten, wobei die umfassenden Musterkataloge der
Zollverwaltung und die Einrichtungen des Gemeinsin-
nissens der Zollämter sorgfältig sachlich besichtigt
werden. Von Mitte November an werden dann während
des ganzen Winters zur Einführung in den neuen Zolltarif
Unterrichtskurse für die übrigen Beamten der badischen
Zollämter stattfinden, gleichfalls verbunden mit praktischen
Übungen in der Warenkunde und Warenuntersuchung.
Diese Unterrichtsreisen werden am Tage der verschiedenen
Bezirke u. v. abgehalten werden und Sache der
Oberbeamten sein, die für diese Tätigkeit besondere
Anleitung bei der Zollverwaltung erhalten.
Städtische Arbeiten. Vergessen werden: die Her-
stellung eines Schuppens auf dem neuen Friedhof an das
Gemeinschafts-Gelände, das Anstreichen des Ein-
friedigungsgeländers der Anlagen auf dem Stephan-Platz
an Dekorationsmaler Georg Haberstroh, die Lieferung
von Granitbordsteinen für die Neugänge des städtischen Tief-
bauamts an die bereitgestellten Demal-Granitwerke in
Speyerheim, die Einrichtung einer Niederdruck-Dampf-
heizung und Lüftungsanlage für den Neubau einer
Mittelschule an der Gartenstraße an die Firma Käufel
und Co. in Mainz.
Zwei hiesige städtische Arbeiter er-
hielten einmalige Geldunterstützungen aus dem Arbeiter-
unterstützungsfond.
Personalnotizen. Herr Hauptlehrer Joh. Georg
Worach wurde seinem Ansuchen entsprechend mit Wirkung
vom 1. Oktober d. J. an des Amtes als Oberlehrer der
Einbildungsschule unter Anerkennung seiner bisherigen ge-
wissermaßen Dienstführung entlassen und anstelle des-
selben Herr Hauptlehrer Karl Kasper an der Realzoll-
schule auf gleichen Zeitpunkt zum Oberlehrer der Einbil-
dungsschule ernannt. Weiter genehmigte der Stadtrat, daß
zur Verleihung des Sekretariatsdienstes beim Rektorat
der städtischen Schulen Herr Hauptlehrer Fr. Geier als
„Bezeichnet“, Herr Hauptlehrer A. Leonhardt als
„Bezeichnet“ und je nach Bedarf ein weiterer
Lehrer als „Bezeichnet“ verwendet werden.
Wegen Begrüßung von 7 Hauptlehrern an der städti-
schen Volksschule wurde Vorlage an den großen Oberlehrer
nach Antrag der Schulkommission erlassen. — Beim
Bürgerausschuß wird die Zustimmung dazu beantragt,
daß die Stelle eines Verwalters des städtischen Kranken-
hauses erledigt und in die Abteilung B. O. Z 2 des
städtischen Gesundheitsamtes aufgenommen werde. — Anstelle
des verstorbenen Oberkontrolleurs der Straßenbahn Paul
Hoflag wird Kontrolleur Hermann Noster zum Ober-
kontrolleur, an dessen Stelle Oberlehrer Joh. Keller
zum Kontrolleur und für diesen Schaffner Jakob Ziegler
— dieser zunächst probeweise — zum Oberlehrer be-
rufen.

Apollotheater. Am Sonntag, den 1. Oktober,
sollen sich die Foren des vollständig in neuem Ge-
wande ersehnenen Tempels des Apollo und die leicht
gewandte Muse wird in diesen Festtagen ihren Einzug
halten. Ein lustiges Festspielchen wird sich bemühen,
uns die langen Winterabende zu vertreiben.
Die Direktion hat eine Anzahl erstklassiger Künstler
verpflichtet.
Wer sich amüsieren will, bediene eine der beiden Vor-
stellungen am Eröffnungstage.
Auf die nützlichen Veränderungen und gebotenen Leis-
tungen kommen wir noch zurück.
Einem epheleischen Anfall erlitt heute früh nach
5 Uhr in der Kronenstraße ein 30 Jahre alter hiesiger
Tagelöhner. Auf die Polizeiwache verbracht, konnte er
sich bald wieder erholen.
Strafensurteil. Gestern Nachmittag gegen 6 Uhr
erlitt ein 13 Jahre alter Knabe aus Grödingen in der
Reppelstraße dadurch einen Unfall, daß er während der
Fahrt auf einem mit Wadelpfen beladenen Lastwagen
steigen wollte. Er trat auf die Mauer der Weiche des
Bordweges, wobei solche sich drehte und der Knabe
abstürzte. Hierbei erlitt er ein recht schweres Bein unter
einer der Vorderer und sog er sich einen Bruch des Unter-
schenfels und außerdem eine erhebliche Quetschwunde zu.
Der Verunglückte wurde mittels Dreifache ins städtische
Krankenhaus verbracht.

Arbeiterfeste.
Teufelweier. Das am vorigen Sonntag be-
gangene 1. Stiftungsfest der organisierten Maurer
berief glänzend. Die Gesangsbeiträge der Vereine
Liedertranz und Edelweiß gefielen allgemein. Den
Glanzpunkt des Abends bildete die Festschmauserei. Die
Philipp. Die Anwesenden (300-400 Personen) ge-
lobten, sich im Sinne der Ausführungen Philipps zu
betätigen.
Vermischtes.
Eine Schreckenszene bei den Erdbeben in
Sibiltalen. Aus Kapelle wird gemeldet: Das Erd-
beben beschädigte den Turm von Sankt Marco, der jetzt
als Gefängnis benutzt wird. Als das ganze Gebäude

schwankte, erschienen sieben Sträflinge am obersten
Fenster, 60 Meter hoch, und setzten um Rettung. Zwei
Stunden lang hielten die Sträflinge in dieser furcht-
erregten Lage, während die Stöße sich immer wiederholten.
Schließlich gab die Lokalbehörde Befehl, sie freizulassen.
Beim Untergange eines Raunenbootes in Danla
sind 35 Leute, 11 Amerikaner und 24 Eingeborene, er-
trunken. Während des letzten Sturmes am Dienstag
sind in Sorignon 15 Eingeborene umgekommen. Der im
Gauf auf Plantagen angerichtete Schaden wird auf eine
halbe Million Dollars geschätzt. Ein Dampfer mit einem
Truppentransport ist bei Legassy gestrandet.

Die Revolution in Rußland.

w. Odesa, 29. Sept. Die Professoren der Uni-
versität Odesa und Marichan sind bereit, ihren
bereits 9 Monate andauernden Streik aufzuheben,
doch können die Studenten wegen des Kriegszu-
standes nirgends zusammenkommen. Die Professoren
wollen mit dem Beginn ihrer Vorlesungen bis zur
Aufhebung des Kriegszustandes warten; auch wollen
die Professoren bei der Regierung um Aufhebung
der Einschränkungen petitionieren und um Aufnahme
sämtlicher jüdischen Studenten ersuchen.
Fast täglich wird hier Militär, darunter Artillerie,
nach dem Kaukasus verschifft.
w. Baku, 20. Sept. Hier bestehen noch immer
zwischen Armeniern und Tataren im stillen Feind-
seligkeiten, welche zur Beunruhigung Anlaß geben.
w. Achabad, 30. Sept. (Telegr. Agentur.)
Aus Mesopotamien sind folgende Meldungen besan-
det, daß dort zwischen Armeniern, die russische Inter-
medien einen feindseligen Verhältnis be-
steht, das starke Gefahren für die Armenier be-
deutet. Die Lage ist sehr gespannt. Das
russische Konsulat gab den Christen den Rat, Per-
sien zu verlassen.

Letzte Post.

an, 30. Sept. Die sozialdemokratische
Gravon hat sich gestern konstituiert. Als 1. Vor-
sitzender wurde Genosse v. Polmar, als 2. Ge-
nosse Gerhard, als Schriftführer Genosse And.
Müller gewählt. Die sozialdemokratische Fraktion
hat im Landtag einen Antrag, die Wahlför-
m betreffend und eine Interpellation, wegen der
Fleischnot eingebracht.
w. Berlin, 30. Sept. Der Bundesrat wird sich
in der nächsten Woche mit der Reichsfinanzreform
beschäftigen. Der Vorschlag des Etats für 1906
steht abermals einen starken Fehlbetrag in Aus-
sicht.
— Nachdem gestern Abend die Elektrizitätsar-
beiter ihr Einverständnis erklärten, begannen die
vom Magistratsrat von Schulz geführten Verhand-
lungen zwischen den Gesellschaften und dem Arbeiter-
ausschuß am Sonntag Vormittag.
w. Stockholm, 30. Sept. Bei der Wahl von
22 Abgeordneten für die zweite Kammer hat die
Linke einen vollständigen Sieg davon getragen.
Die Sozialisten haben zwar keine neue Sitze
gewonnen. Der Führer der schwedischen Sozia-
listen, Branting, wurde wieder gewählt.
Christiania, 29. Sept. Das Spezial-
komitee des Storchings beschloß mit 12
gegen 6 Stimmen zu beantragen, daß der Re-
gierungsentwurf, betreffend das Ueberein-
kommen von Karistad, gebilligt werde.
Die Majorität hat ihren Antrag, der ganz kurz
ist, vollendet, während die Minorität mit ihrem
Antrag noch nicht fertig ist.
Konstantinopel, 29. Sept. Bei Zeladjers
im Majet Saloniki wurden zehn kürzlich zum
Erachat übergetretene Bulgaren von einer ein-
vierzig Köpfe zählenden Bande überfallen und
getötet. Eine Kommission, die den Vorgang
untersuchen soll, ist nach dem Tator abge-
schickt worden.
Kalkutta, 29. Sept. Im Zusammenhang mit
der Bewegung gegen die Zeitung Bengalens
in zwei Provinzen, versammelten sich gestern 5000
Sindus im Tempel der Göttin Kalf, dem größten
Bengalens. Sie schloßen bei der Göttin, soweit
es irgend durchführbar sei, keine ausländischen
Waren zu gebrauchen und in fremden Läden nicht
zu kaufen, was sie in einheimischen erhalten
können.
w. Tanger, 29. Sept. Vor einigen Tagen traf
hier eine französische Yacht ein, die bei den
marokkanischen Behörden den Verdacht erregte, daß
auf ihr Geheiß beladen seien. Die französische
Gesandtschaft wurde um die Zustimmung dazu an-
gegangen, daß die Yacht durchsucht werde, ver-
weigerte diese jedoch, da kein Beweis für die auf-
gelegte Behauptung vorliege. Am Dienstag ging
die Yacht von hier ab. Jetzt geht das Gericht, sie
liege vor Tetuan und dort hätten die marokkanischen
Behörden zwei von dieser Yacht kommende
Boote weggenommen, die mit Gewehren und Pa-
tronen beladen waren.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Gewerkschaftsstell.) Diejenigen Gewer-
schaftsmitglieder, die gewillt sind, am Unterrichtskurs
teilzunehmen, werden gebeten, sich bei ihren Ge-
werkschaftsvorständen unverzüglich zu melden. Der
Unterricht beginnt am Sonntag, den 8. Oktober,
morgens halb 10 Uhr.
Der Vorstand.
Grödingen. Am Samstag, den 30. September, abends
8 Uhr, findet im Döfen Parteiverammlung
statt, wozu alle Parteigenossen und Volkstrendler
eingeladen sind. Tagesordnung: Die kommenden
Landtagswahlen.
3596.3
Das Wahlkomitee.
Weingarten. (Soz. Verein.) Sonntag, den 1. Oktober,
mittags 2 Uhr, Versammlung im Deutschen Kaiser.
Parteigenossen und Volkstrendler sind einge-
laden.
8640
Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

H. M. Wiedert teilt einer unserer Leser an dieser
Stelle einiges über die Badische Krankenkasse und
Stetbehalte (E. S.) Karlsruhe mit. Unsere Informationen
reichen nicht aus.
„Frauen-Schuß vor Gericht“. Rühre Mitteilungen
als die in Nr. 223 (M. Heußler) gemachten, vermögen
nicht zu geben. Verlassen Sie es mit einer Anfrage
bei unserem Altenberger Parteigenossen; Tagespost.
„Heilsarmee“. Werden Sie sich an die folgende
Adresse: „Verein ehemaliger Offiziere der Heilsarmee“,
Berlin.
H. J. in Freiburg. Sehen Sie in Nr. 225 nach;
in dieser ist der Artikel: Donauwörth, Widliche Geschäfts-
praktiken, abgedruckt.
Verantwortlich im redaktionellen Teil für den Zeit-
artikel, die Anbrüten: Politische Heberzeit, Badische Politik,
Deutsches Reich, Ausland und Letzte Post; Wilhelm
Kohls; für die Anbrüten: Aus der Partei, Soziale Rund-
schau, Geschäftszeitung, Badische Chronik, Aus der West-
deutschen, Verammlungsberichte, Aus dem Reich, Ver-
mischtes und Feuilleton: H. Weichmann; für die
Inzerate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag
des Volkstrend und Co. u. Co. Sämtliche in Karlsruhe.

